Stand: 15.12.2025 21:54:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9706

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems COM (2015) 586 final BR-Drs. 640/15"

Vorgangsverlauf:

1. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9706 des BU vom 26.01.2016
2. Beschluss des Plenums 17/9769 vom 28.01.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 28.01.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.01.2016 **Drucksache 17/9706**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems
COM (2015) 586 final
BR-Drs. 640/15

I. Beschlussempfehlung:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems COM(2015) 586 final Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf hin zu wirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Berichterstatterin: **Mechthilde Wittmann**
Mitberichterstatterin: **Susann Biedefeld**

II. Bericht:

1. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat sich mit dem Thema befasst, weitere Ausschüsse haben sich nicht daran beteiligt.
2. Der federführende Ausschuss hat die Subsidiaritätsangelegenheit in seiner 35. Sitzung am 26.Januar 2016 beraten und einstimmig der oben genannten Beschlussempfehlung zugestimmt.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.01.2016 **Drucksache** 17/**9769**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems
COM (2015) 586 final
BR-Drs. 640/15

Drs. 17/**9706**

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems COM(2015) 586 final Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, **außerhalb der Tagesordnung** rufe ich jetzt im Einvernehmen aller Fraktionen auf:

Subsidiaritätsangelegenheit gem. § 83b BayLTGeschO
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung
COM (2015) 625 final (BR-Drs. 643/15)

und

Subsidiaritätsangelegenheit gem. § 83b BayLTGeschO
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems
COM (2015) 586 final (BR-Drs. 640/15)

Die Subsidiaritätsangelegenheiten sind im hierfür federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen letzten Dienstag beraten worden. Der Bundesrat wird sich morgen damit befassen. Die Beschlussempfehlungen mit Bericht wurden verteilt. Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung" abstimmen. Das ist auf Bundesrats-Drucksache 643/15. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schlägt vor, festzustellen, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung Subsidiaritätsbedenken bestehen, und die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Ich verweise hierzu auf die verteilte Drucksache 17/9705.

Wer der Empfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit wird der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Jetzt lasse ich über den "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems" abstimmen. Das ist auf Bundesrats-Drucksache 640/15. – Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schlägt auch hier vor, festzustellen, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung zur Verordnungsänderung im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems Subsidiaritätsbedenken bestehen, und die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Ich verweise hierzu auf die verteilte Drucksache 17/9706.

Wer der Empfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit wird dieser Beschlussempfehlung ebenfalls zugestimmt. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung eine Ausschussumbesetzung bekannt: Anstelle von Frau Judith Gerlach wird Herr Michael Brückner neues Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen. Frau Kollegin, liebe Judith Gerlach, alles Gute für die nächsten Wochen; wir freuen uns mit dir auf den Nachwuchs.

Wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen.